Deutscher Bundestag **Drucksache 16/3620**

16. Wahlperiode 29. 11. 2006

Antrag

der Abgeordneten Heike Hänsel, Michael Leutert, Dr. Diether Dehm, Monika Knoche, Hüseyin-Kenan Aydin, Wolfgang Gehrcke, Inge Höger-Neuling, Dr. Hakki Keskin, Katrin Kunert, Dr. Norman Paech, Paul Schäfer (Köln), Alexander Ulrich, Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und der Fraktion DIE LINKE.

Für einen europäischen zivilen Friedensdienst

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass sich in vielen Ländern Europas Organisationen herausgebildet haben, die sich im Rahmen des Zivilen Friedensdienstes (ZFD) um Konzepte für gewaltfreie Konfliktlösung bemühen. Dabei gehen sie unterschiedliche Wege, organisieren sich auf unterschiedliche Weise und bestimmen unterschiedliche Schwerpunkte ihrer Arbeit. Gemeinsam ist ihnen das erfolgreiche Bemühen um die Entwicklung, Verbreitung und Umsetzung wirkungsvoller Alternativen zu militärischen Interventionen. Der Deutsche Bundestag ist deshalb der Auffassung, dass der Zivile Friedensdienst substanziell gestärkt werden muss.
2. Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass sich Träger des Zivilen Friedensdienstes aus unterschiedlichen europäischen Ländern auch untereinander vernetzen – so im European Network for Civil Peace Services (EN.CPS) und international im Netzwerk Nonviolent Peaceforce. Diese Vernetzung ist umso dringlicher, als auch die militärischen Kapazitäten in der EU zunehmend gebündelt werden. Im Zuge ihrer Integration gibt sich die Europäische Union zunehmend gemeinschaftliche Instrumente der Außen- und Sicherheitspolitik. Dabei gewinnen militärische Instrumente und Strategien zunehmend an Gewicht. Der Deutsche Bundestag ist der Auffassung, dass die EU stattdessen stärker als bisher zivile Alternativen in ihrem Umgang mit gewaltsamen Konflikten entwickeln muss und dass die zivilen gegenüber den militärischen Interventionsinstrumenten deutlich ausgebaut werden müssen.
3. Der Deutsche Bundestag ist daher überzeugt, dass die Einrichtung eines europäischen zivilen Friedensdienstes die notwendige Vernetzung der Friedensarbeit auf europäischer Ebene unterstützen und der Umsetzung ziviler Alternativen im europäischen Rahmen einen verbindlicheren und finanziell gesicherten Rahmen bieten könnte. Ein europäischer ziviler Friedensdienst wäre auch ein Beitrag zur im Europäischen Konsens über die Entwicklungspolitik von 2005 eingeforderten Kohärenz in der internationalen Politik der EU und zur besseren Koordination in der Zusammenarbeit der EU mit Partnern im Süden.
4. Ein europäischer ziviler Friedensdienst wäre im Rahmen des Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) zu finanzieren und zu verwalten. Die erforderli-

chen Mittel sollten zu einem Teil durch Umschichtungen innerhalb des EEF zulasten der Unterstützung militärischer Projekte aus dem Fonds erfolgen, zusätzlich sollten sich die EU-Mitgliedstaaten zu einer angemessenen Aufstockung ihrer Beiträge in den Fonds für den europäischen zivilen Friedensdienst verabreden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

die deutsche EU-Ratspräsidentschaft zu nutzen, um eine Initiative für einen zivilen Friedensdienst im Rahmen der Europäischen Union auf den Weg zu bringen, und dabei darauf hinzuwirken, dass

– der Aufbau des europäischen zivilen Friedensdienstes und seine künftige Arbeit in enger Zusammenarbeit mit bereits bestehenden europäischen Netzwerken wie dem European Network for Civil Peace Services erfolgt;
– eine verbindliche Kooperation mit Basisgruppen in den Einsatzgebieten des europäischen zivilen Friedensdienstes gewährleistet wird;
– der europäische zivile Friedensdienst über einen festen Stellenpool mit sozial abgesicherten Arbeitsplätzen verfügt und dass für die Friedensfachkräfte nach Ablauf ihres Einsatzes oder in Einsatzpausen eine finanzielle Eingliederungshilfe bereitgestellt wird;
– ein solcher europäischer ziviler Friedensdienst aus den Mitteln des EEF finanziert wird;
– zu diesem Zweck innerhalb des EEF Mittel aus der Unterstützung militärischer Projekte für die Verwendung im Rahmen des europäischen zivilen Friedensdienstes umgeschichtet werden;
– darüber hinaus eine an die Verwendung für die Finanzierung des europäischen zivilen Friedensdienstes gebundene, koordinierte Erhöhung der Zuweisungen der Mitgliedstaaten der EU in den EEF in angemessener Höhe vereinbart wird.

Berlin, den 28. November 2006

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333